



Wiener Erklärung

Vereint gegen Gewalt im Namen der Religion

19. November 2014

Als geistliche und gesellschaftliche Würdenträger aus arabischen Staaten und dem Rest der Welt versammeln wir uns heute unter der Schirmherrschaft des Internationalen König Abdullah Bin Abdulaziz Zentrums für Interreligiösen und Interkulturellen Dialog (King Abdullah Bin Abdulaziz International Centre for Interreligious and Intercultural Dialogue - KAICIID). Gemeinsam wollen wir uns auf Programme und Initiativen einigen, die zur Stärkung eines einheitlichen Vorgehens gegen Gewalt im Namen der Religion beitragen und die religiöse wie auch kulturelle Vielfalt im Irak und in Syrien festigen.

Im Sinne seiner multireligiösen und multikulturellen Natur, die sich nicht nur in der Diversität der Vorstandsmitglieder niederschlägt, sondern auch im Bekenntnis zur Wahrung der religiösen und kulturellen Vielfalt und der Ablehnung von Gewalt und zwar besonders jener Gewaltformen, die im Namen der Religion verübt werden, widerspiegelt, ist KAICIID unermüdlich bestrebt, dem Weg des Dialoges zu folgen und diesen zu vertiefen. Vor diesem Hintergrund bemüht sich KAICIID außerdem, staatsbürgerliche Grundprinzipien zu konsolidieren, vernünftige und moderate Zugänge zu stärken wie auch den Weg für einen zielgerichteten und ehrlichen Dialog zu ebnen und diesen auf einem Fundament der friedlichen Koexistenz, des gegenseitigen Verständnisses und der Kooperation aufzubauen.

Angesichts der leidvollen Konflikte, welche die verschiedensten Regionen unserer Welt in den vergangenen zwei Jahrzehnten erfasst haben, welche sich nach wie vor ausdehnen und Angehörige aller Religionen, Muslime, Christen und andere treffen, verurteilen wir jegliche Formen destruktiver Auseinandersetzungen aufs schärfste, vor allem aber jene leidvollen Ereignisse, die den Nahen Osten und besonders den Irak und Syrien heimsuchen.

Wir lehnen jede Form der Gewalt ab. Ganz besonders lehnen wir jedoch Gewalt ab, die im Namen der Religion verübt wird. Solch eine Gewaltspirale zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt in seinen Grundfesten, hinterlässt hunderttausende Tote, unschuldige Kinder, Frauen und Männer, setzt Millionen von Menschen, Vertriebene und Flüchtlinge, der Ungerechtigkeit aus, zwingt sie, ihre Heimatorte, ihr Hab und Gut zu verlassen und ihre Lebensgrundlage aufzugeben, um Gewalt und Krieg zu entfliehen.

Wir, als geistliche Würdenträger und hochrangige Vertreter unterschiedlichster religiöser Institutionen in all ihrer Diversität, verurteilen die Verfolgung, der alle Teile des gesellschaftlichen Gefüges, besonders jedoch Christen und Jesiden, wie auch Angehörige anderer Religionen oder Ethnien, wie Turkmenen und Schabak, im Irak und Syrien ausgesetzt sind. Menschen einzuschüchtern, zu terrorisieren und die Unantastbarkeit ihrer Körper und Seelen zu verletzen, wie mit jesidischen Frauen geschehen, sie und ihr Hab und Gut für Freiwild zu erklären und sie zu versklaven widerspricht nicht nur unserem Gewissen und Werten als Menschen, sondern gleichfalls auch allen noblen religiösen, zivilisatorischen und humanitären Errungenschaften, um deren Verankerung sich zahlreiche religiöse Würdenträger bemüht haben.

Dieses Erbe konnte über Jahre hinweg in Form eines toleranten Miteinanders zwischen allen Teilen der irakischen und syrischen Gesellschaften, ganz gleich ob Muslime, Christen, Jesiden, Turkmenen oder Schabak erhalten bleiben.

Im Angesicht der Diffamierung der Lehren, Werte und der zivilisatorischen Rolle des Islam durch extremistische Gruppierungen; und zwar Gruppierungen, die Religion missbrauchen, um ihre destruktiven Handlungen und das Töten von Muslimen und Anderen zu rechtfertigen, die Unschuldige verfolgen, die Unantastbarkeit ihrer Körper und Seelen verletzen, religiöse Stätten und Orte des Gebets zerstören, Menschen einem Joch tyrannischer Gesetze unterwerfen und Verhaltensweisen zeigen, die ein verfälschtes Verständnis unserer Kultur und Geschichte widerspiegeln; womit sie nicht nur den grundlegenden Werten des Islam widersprechen, sondern jegliche Brücken eines möglichen Miteinanders sprengen, sowohl jene zwischen unterschiedlichen Religionsgemeinschaften, als auch jene zwischen Angehörigen ein und derselben Religion; und angesichts der Brisanz der Ereignisse, welche die Region erlebt, deren Komplexität, und das Ausmaß der daraus resultierenden regionalen und internationalen Folgen, wie auch dem Ruf der Vertriebenen, der Waisen, der Witwen und der Familien der Toten folgend; den Klagen der Menschen, ganz gleich welcher Ethnie, Religion oder politischen Ausrichtung sie angehören;

versammeln wir uns heute hier, als religiöse Würdenträger aus den arabischen Staaten und dem Rest der Welt in Anwesenheit zahlreicher Vertreter von Regierungsinstitutionen, Nicht-Regierungsorganisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft, um auf einen gemeinsamen Nenner hinzuweisen und diesen zu bekräftigen, nämlich: Das Recht eines jeden Menschen, seinen Glauben zu praktizieren, ohne Angst vor Verfolgung.

Gemeinsam bitten wir Gott, den Allmächtigen, den Erhabenen, uns im Schatten dieser schweren Zeit dabei zu unterstützen, unserer historischen Verantwortung und den uns anvertrauten religiösen und humanitären Lehren und Werten gerecht zu werden.

Wir versammeln uns, um gemeinsam nachzudenken, um einander zuzuhören und durch den Dialog, Wege der Kooperation, wie auch Mittel zur Stärkung bürgerrechtlicher Prinzipien zu finden. Gemeinsam wollen wir uns jeglicher im Namen der Religion verübten Gewalt entgegen stellen, Dimensionen einer gemeinsamen Zukunft erforschen, Hoffnungsfenster öffnen und die Mauern der Angst, der Missgunst, Unterdrückung und Ungerechtigkeit, die Menschen voneinander trennen und ihre Hoffnungen und Träume zerstören, niederreißen.

Wir versammeln uns, um einstimmig, laut und deutlich, zu erklären, dass wir uns den folgenden Grundsätzen und Initiativen verschreiben:

- 1) Wir verpflichten uns, das Werkzeug des Dialoges als grundsätzliches und effektives Mittel zur Lösung von Konflikten einzusetzen und Initiativen, wie auch Institutionen zu unterstützen, die sich auf Dialog berufen, als probates Mittel für den Aufbau eines gesellschaftlichen Friedens, für eine friedliche Koexistenz und für die Stärkung bürgerrechtlicher Prinzipien.

- 2) Wir verurteilen deutlich, eindeutig und umfassend alle schweren Menschenrechtsverletzungen, jegliche Schändung der Unantastbarkeit von Körper und Seele, wie auch die programmierten und unkontrollierten Verletzungen menschlicher Würde, denen Menschen im Irak und Syrien in diesen blutigen Konflikten, die unzweifelhaft als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu klassifizieren sind, ausgesetzt sind. Außerdem verurteilen und verdammen wir die Unterstützung und Finanzierung von Terrorismus und rufen Staatsoberhäupter und deren Regierungen, wie auch die Liga der Arabischen Staaten, die Organisation für Islamische Zusammenarbeit und den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf, in angemessener Weise zu intervenieren, um diesen Übergriffen, wie auch den Konflikten, die Menschen und Zivilisationen zerstören, Einhalt zu gebieten. Zivilisten anzugreifen, ihr Leben und ihre Lebensgrundlage zu bedrohen, kann durch nichts gerechtfertigt werden.
- 3) Wir erklären unsere Solidarität mit allen durch diese Ereignisse Geächteten und Unterdrückten und zwar besonders mit den Vertriebenen, die gezwungen wurden, Heim und Heimatland zu verlassen. Wir fordern die betroffenen und internationalen politischen Kräfte auf, keine Mühen zu scheuen, um diesen Menschen die Rückkehr in ihre Städte und Dörfer, wie auch die Wiederaufnahme ihres Lebens in einem normalen Umfeld zu ermöglichen. Außerdem fordern wir die betroffenen Staaten auf, gemeinsam mit der internationalen Staatengemeinschaft und deren Organisationen eine schnelle und angemessene Lösung für die vertriebenen Menschen innerhalb des Irak und Syriens, wie auch für die Flüchtlinge in den Nachbarländern zu finden. Auch sollen die davon betroffenen Staaten, deren eigene Stabilität durch die derzeitige Situation und durch die damit verbundene Krise in der Versorgung der Gesamtbevölkerung bedroht ist, unterstützt werden.
- 4) Wir lehnen den Missbrauch der Religion und ihrer Symbole in politischen Auseinandersetzungen wie auch jegliche Vereinnahmung der Religion durch Extremisten zum Zwecke der Segregation und als Werkzeug für Unterdrückung und Ungerechtigkeit ab. Gemeinsam und auf allen offiziellen religiösen und gesellschaftlichen Ebenen lehnen wir die Verunglimpfung der Lehren des Islam und die Diffamierung seiner Werte durch jene Gruppierungen ab, die versuchen, im Namen des Islam, Gebiete im Irak und in Syrien ihrer Herrschaft zu unterwerfen. Wir rufen alle Menschen, die guten Willens und Glaubens sind, auf, die Taten dieser Gruppierungen zu verurteilen und sich ihnen vereint entgegen zu stellen.
- 5) Wir betonen, dass jede religiöse, ethnische, kulturelle oder sprachliche Gemeinschaft in diesen Ländern ein unabdingbarer Teil ihres historischen in der eigenen Geschichte tief verwurzelten Erbes ist. Ein Faktor, der zum Aufbau ihrer Zivilisation beigetragen hat und für die gemeinsame Gestaltung der Zukunft durch Zusammenwirken aller Staatsbürgerinnen und Staatsbürger auf dem Grundsatz gleicher Rechte und Pflichten, wie auch durch die Zusammenarbeit zwischen Muslimen und Christen im Nahen Osten, maßgeblich ist. Daher rufen wir dazu auf, diese Diversität arabischer Gesellschaften, die nicht nur ein zivilisatorisches Erbe, sondern auch einen kulturellen Vorzug darstellt, zu wahren und zu stärken.

In dieser Diversität spiegelt sich die Ursprünglichkeit der Gesellschaft mit all ihren unterschiedlichen Facetten wider, die gemeinsam die Charakteristika einer nationalen Identität ausmachen. Außerdem unterstreichen wir die Wichtigkeit der Koexistenz von Muslimen, Christen und allen anderen religiösen, ethnischen und kulturellen Gesellschaftsgruppen als einheitliches Fundament arabischer Gesellschaften.

- 6) Wir bauen auf vergangene Erfahrungen der friedlichen Koexistenz von Muslimen und Christen und betonen, dass diese Koexistenz, trotz aller im Laufe der Geschichte durchlebten Unruhen und Rückschläge, eine der Hauptsäulen arabischer Zivilisation und ein Charakteristikum der von Diversität geprägten Beziehungen zwischen Muslimen und Christen ist.
- 7) Wir rufen dazu auf, Menschenrechte und die Freiheit des Menschen vorbehaltlos zu respektieren. Wir fordern dem freien Glaubensbekenntnis sowie der freien Glaubensausübung als Voraussetzungen für die Wahrung der Freiheit des Menschen, wie auch für die Bewahrung der Diversität und Förderung des Dialoges, besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Auch betonen wir die Notwendigkeit, gemeinsame bürgerrechtliche Prinzipien anzunehmen, die der Diversität gerecht werden, Gerechtigkeit garantieren und Frieden in den Gesellschaften unter Wahrung staatlicher Souveränität und Rechtsstaatlichkeit Wirklichkeit werden lassen. Außerdem unterstreichen wir die Rolle religiöser Institutionen in Kooperation mit den dafür zuständigen gesellschaftlichen Einrichtungen bei der Entwicklung bürgerrechtlicher Prinzipien durch die Definition und Verbreitung der darin enthaltenen Werte.
- 8) Wir halten trotz vorhandener Hindernisse an der Hoffnung fest und rufen dazu auf, nicht der Verzweiflung anheim zu fallen, oder Bemühungen um Frieden und gesundes Verständnis zwischen den Angehörigen verschiedener Religionen aufzugeben. Wir rufen alle, die guten Willens und Glaubens sind und sich dem Frieden und der Zusammenarbeit verschrieben haben, dazu auf, diese unsere Grundprinzipien und Initiativen anzunehmen und uns dabei zu unterstützen, die zu realisieren.